

Podiumsdiskussion
Menschenrechte und Umweltstandards
durch faire öffentliche Beschaffung

Kooperationsveranstaltung von FIAN Österreich, Politischer Akademie, IUFE und Renner-Institut

21. September 2009

Veranstaltungszusammenfassung

Zeit: 18.30 bis 20.30 Uhr

Ort: Albert-Schweitzer-Haus, Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien

Autorinnen: Ursula Bittner und Sophie Veßel, FIAN

Begrüßung

Petra C. Gruber – Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE)

ReferentInnen

Sophie Veßel – Food First Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN)

Nora Holzmann – Südwind-Agentur

Florian Schönthal-Guttman – Vergabeexperte für öffentliche Beschaffung

Johann Klar – Stadt Wien (MA 54 – Zentraler Einkauf)

Susanne Reichard – Bezirksvorsteherin, 1040 Wien

Moderation

Martin Janata – Renner-Institut

1) Sophie Veßel

Sophie Veßel ist Mitarbeiterin von FIAN Österreich und dort verantwortlich für die Flower-Label-Programm-Kampagne.

In Österreich werden pro Jahr Blumen im Wert von ca. 45 Mio. Euro gekauft. Entgegen der gängigen Meinung, dass die meisten dieser Blumen aus den Niederlanden kommen, kommen diese größtenteils aus Lateinamerika, Ostafrika und mittlerweile auch Asien. Holland fungiert vielfach als Börse.

Mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen in der Blumenindustrie sind Frauen. Zum einen profitieren sie zwar von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen, auf der anderen Seite sind sie jedoch oft Opfer von Diskriminierungen, unter anderem schon deshalb da sie weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

Die Gründe für einen Import aus dem Süden liegen zum einen natürlich bei den niedrigeren Lohn- und Lohnnebenkosten und der damit günstigeren Produktion. Das günstige Klima im Süden führt zu einem niedrigeren Energieverbrauch und damit wiederum zu Kostenersparnissen. Laut Studien verbraucht eine Rose, die in Kenia und Ecuador gezogen und mit Flugzeugen nach Europa transportiert wurde, weniger Energie als die Produktion in Europa plus der Transport mit LKWs. Resultat: Import im Winter günstiger und energiesparender.

Die Weltbank unterstützte bereits in den 1960ern die Blumenproduktion im Süden. In Sambia beispielsweise wurde vor 20 Jahren mit der Produktion begonnen. Unterstützt würde dies eben von der Weltbank aber auch von der nationalen Regierung. Die positiven Hoffnungen, die mit der Blumenproduktion verbunden waren, wurden jedoch bald von negativen Folgen überschattet: (vor allem vor Valentinstag) lange Arbeitszeiten, geringer Lohn, Diskriminierung, Kinderarbeit, Pestizide, hoher Wasserverbrauch.

Die mangelnde Einhaltung von arbeits- und umweltrechtlichen Standards mit den oben beschriebenen Auswirkungen findet man an den meisten Produktionsstätten im Süden. Nicht zuletzt deshalb wurde 1998 ein Verhaltenskodex erstellt, welcher die Grundlage für das Flower-Label-Programme bilden. Wichtig ist zu betonen, dass nie zum Boykott aufgerufen wurde, sondern immer die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zentrum der Bemühungen stand.

Vorstellung des Verhaltenskodexes

Mit Deutschland, Belgien und Tschechien zusammen gibt es seit 2009 die Kampagne „Fair Flowers – mit Blumen für Menschenrechte“; Einer der Schwerpunkte der Kampagne ist auch die öffentliche Beschaffung (Gemeinden, Parlament usw.). Dabei lassen sich 4 Hauptgründe identifizieren:

2) Nora Holzmann

Die Koordinatorin von Südwind Wien stellt andere, neue Produktionsgruppen der fairen Produktion vor und stellt eingangs die Frage warum eine faire öffentliche Beschaffung überhaupt wichtig sei?

- öffentliche Hand hat Verantwortung
- Nachfrage von Großaufträgen
- Vorbildwirkung (wobei es momentan noch umgekehrt ist)
- Imageaufbesserung für Gemeinden u.a.

Als für die öffentliche faire Beschaffung vorrangig relevant stellt Holzmann die folgenden Produktgruppen vor:

a) Lebensmittel:

Gebraucht für: Altersheime, Gemeindeämter u.a.

In diesem Bereich gibt es bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten für die Beschaffung fair gehandelter Güter.

1/3 des fairen Kaffee-Konsums beziehen öffentliche Einrichtungen
28 österreichische Gemeinden und 2 Wiener Bezirke (4. und 8.) verpflichten sich zu Fairtrade-Produkten in ihren öffentlichen Einrichtungen

b) Textilien:

Für Polizei, Feuerwehr, Spitäler, Müllabfuhr, u.a.

Branchenerhebung 2008: Im öffentlichen Bereich werden rund 300 Mio. Euro jährlich für Arbeitskleidung ausgegeben. Meist kommt diese Asien, und wird oft unter problematischen Arbeitsbedingungen hergestellt.

Alternativen sind teilweise schon vorhanden – siehe z.B. <http://en.fairwear.nl> „FairWear-Foundation“.

Als positives Beispiel führt Holzmann die Feuerwehr Vorarlberg an, die schon seit längerem Versucht auch ihre Textilien über die Kanäle des fairen Handels zu beziehen.

c) Steine:

Dabei handelt es sich um Pflastersteine, Bodenplatten, Treppen, u.a. 30% des Granits in Österreich kommt aus Indien. Die Steine werden ebenso wie viele Blumen oder Textilien unter schlechten Arbeitsbedingungen hergestellt. Oft kämpfen die Arbeiter mit gesundheitlichen Problemen. Die Lebenserwartung der ArbeiterInnen liegt bei 40 Jahren.

Alternativen:

Für indische Steine die unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden gibt es das Xertifix-Siegel (www.xertifix.de).

Einige deutsche Städte haben sich bereits verpflichtet nur mehr faire Steine zu kaufen. Auch in der Beschaffung der Stadt Wien hat es ein umdenken gegeben. Nachdem bekannt wurde, dass die aus China bezogenen Steine unter problematischen Arbeitsbedingungen gefördert wurden, wurden nur noch österreichische Steine beschafft.

d) IT-Geräte

Für Politik, Verwaltung, Schulen etc. ;
Primär kommen diese Produkte aus China, Ostasien.

Alternativen gibt es zur Zeit kaum. Auf der Homepage www.procurefair.org kann man sich jedoch einen Überblick über diejenigen Firmen die sich überhaupt nicht mit der Herkunft ihrer Produkte beschäftigen, verschaffen, und dadurch eher Produkte verkaufen, die unter schlechten Arbeitsbedingungen hergestellt wurden.

Ein Ranking bezüglich Recycling, Inhaltsstoffe u.a. wird von Greenpeace zur Verfügung gestellt und alle 3 Monate aktualisiert.

Die Schweiz und Berlin suchen bereits Computer nach sozial- und ökologischen Kriterien aus.

Weitere Produkte sind: Spielzeug, Fahrzeuge, Feuerwehrrkörper usw.

Alternativen: Sofair; Clean IT

3) Florian Schönthal-Guttman

Florian Schönthal-Guttman kommt vom Unternehmensberatungsinstitut Prove und gab mit seinen einleitenden Worten einen Einblick in Lösungsansätze, ins Vergaberecht und in die sozial faire Beschaffung der EU.

Das Verbundvergaberecht, welches von der EU vorgegeben wird, bindet den Staat (also öffentliche Einrichtungen). Es gibt an die 300 § innerhalb des Vergaberechts, welche garantieren sollen, dass am wirtschaftlich günstigsten beschafft wird (wirtschaftlich bedeutet das das billigste), Qualitätskriterien wurden erst später relevant.

Es ist schwer soziale Belange einzubringen, da das Vergaberecht den freien Wettbewerb gewähren will – beide Ansprüche spießen sich dabei. Dazu muss man verstehen, dass das Produkt im Vergaberecht der Anknüpfungspunkt ist und nicht die Umstände der Herstellung, was aber bei Fairtrade-Produkten der Fall ist.

Umweltthematiken kommen oft vor, da es einen Anknüpfungspunkt mit dem Produkt gibt – eine faire Bohne macht das Produkt an sich nicht anders, eine gentechnik- oder pestizidfreie schon.

Die Rolle von Umweltkriterien und sozialen Kriterien sind unterschiedlich, ersichtlich wird dies durch § 19 Absatz 5&6:

- Absatz 5: Umwelt – versteht sich als eine „Muss-Anforderung“
- Absatz 6: Sozialpolitische Belangen können beachtet werden

Prinzip des Vergaberechts besteht aus einer neutralen Produktbeschreibung und dem Billigstbieterprinzip, was somit einem herkömmlichen Kaffee entspricht.

Es gibt Möglichkeiten fair gehandelte Produkte zu berücksichtigen, doch hat sich seit 10 Jahren nicht viel geändert.

Möglichkeiten sind:

- Ausschluss von Unternehmen, die sozial- und arbeitsrechtliche Vorschriften verletzen
- Berücksichtigung von beispielsweise Gütesiegeln in der Leistungsbeschreibung
- Berücksichtigung bei Angebotsbewertung (Zuschlagkriterium) – sozialverträglich bewährt sich höher

Ein Praxistipp ergibt sich durch die Schwellenwertverordnung – ein Auftragswert, der nur bis zu 100.000.- Euro (netto) reicht, kann frei von einem selbst ausgewählten Unternehmen bezogen werden (gilt bis 31.12.2012).

4) Johannes Klar

studierte Verhaltensforschung, war 20 Jahre beim Magistrat für Umweltschutz und leitet jetzt die Magistratsabteilung 54 (Abteilung Zentraler Einkauf).

Für ein Unternehmen ist es risikoreich und nicht einfach, die Kosten bei einem Einkauf von 100.000 Euro zu erhöhen, 30% Preisanstieg ist dabei eine enorme Menge. Obwohl als positives Beispiel der Kauf von Steinen zu verzeichnen ist. Der Preis ist leider oft beim Bezug von fairen Produkten ein Problem, aber z.B. in Spitälern wurde erreicht, dass diese bis zu 25% faire Produkte kaufen. Umweltkriterien waren die ersten Kriterien, die „vergeben“ werden konnten. Zum Beispiel Blumen: in der MA besteht ein Bewusstsein diesbezüglich, aber die Stadt Wien kauft eher wenig Schnittblumen, und wenn sie welche kauft, dann meist aus österreichischen Stadtgärtnereien. Für Ereignisse wie etwa dem Blumenball wurden faire Blumen gekauft.

Der Blickwinkel sollte nicht nur auf Umwelt- und soziale Kriterien gerichtet sein, sondern besonders auf die Nachhaltigkeit!

Das Vergaberecht der EU ist sehr wirtschaftlich und schränkt die Möglichkeiten ein, darauf reagierte die EU bald – wodurch neben ökologischen auch soziale Kriterien dazu kamen. Soziale Kriterien sind aber nur „Kann-Kriterien“. Sie haben keine klare Ausrichtung.

Stadt Wien steht prinzipiell für eine verantwortungsvolle Beschaffung und es ist wichtig zu erkennen, dass mit öffentlicher Beschaffung viel bewirkt werden kann. Nur schreibt das Vergaberecht vor, dass man die Auswahl zulässt.

5) Susanne Reichert

Reichert ist Ökonomin, seit 2001 Bezirksvorsteherin und (seit 2005) Bezirksparteiobfrau des vierten Wiener Gemeindebezirks.

Sie schildert die Praxis, welche sie als sehr frustrierend bezeichnet. Als Bezirk eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, sei sehr schwierig durchzuführen. In Wieden gibt es viel Engagement etwas zu tun, die Bewusstseinsbildung ist sehr groß.

Seit 2007 ist Wieden der erste Bezirk, der auch Fairtrade-Gemeinde ist.

Reichert schildert die Probleme, die damals bei Umsetzung eines FT Bezirks entstanden sind. Z.B. wollen die MitarbeiterInnen keinen Fairtrade-Kaffee, weil sie glaubten (bzw. in Erinnerung hatten), dass er nicht gut sei.

Weiters kamen Probleme auf, als sie z.B. Fußbälle für den Verein spendieren wollte. Für die Kinder brauchte sie die Größe 4, Fairtrade hat aber nur Größe 5.

Generell, so Reichert, wird zu wenig darüber geredet was alles unternommen wird und welche Möglichkeiten sich dem Einzelnen bieten. In Wien wird viel getan – da sollte man mehr darüber reden, damit auch mehr gekauft wird (z.B.: Pflastersteine in Wien sind fair, was keiner weiß).

Diskussion mit dem Publikum:

1) Müssten nicht Menschenrechte über dem Vergaberecht stehen?

In Deutschland ist das Vergaberecht überarbeitet, dadurch wurde der soziale Aspekt größer.

Wie soll man vorgehen? -> man müsste Firmen aus der Vergabe ausschließen, weil man nicht garantieren kann, dass z.B. die Schuhe in jedem Produktionsschritt ohne Kinderarbeit produziert wurden.

Gutmann: Rechtstheoretisch ist er mit der Frage überfordert.

Klar: EU hat eh viel weitergebracht durch den EuGH.

Holzmann: Menschenrechte und Vergaberecht hängen gewissermaßen genau so wenig zusammen wie wir und die Produktion im Ausland zusammenhängen, dasselbe Problem gibt es mit internationalen Produktionsstätten/Zulieferbetrieben.

Veßel: Deutschland ist ein sehr positives Beispiel. Viele Gemeinden haben sich zu fairen Blumen verpflichtet. Und gerade bei Blumen kauft man oft unter 100.000 €, der Grenze für Direktvergabe.

2) Was kann der Bezirk schon tun?

Reichert: Bezirk kann Bewusstseinsbildung fördern, so wandert dies nach „oben“ in die Judikative.

3) Wie setzt man die Marktmacht ein?

Klar: Beispielsweise hat der Bund Wien auf ökologisches Papier umgestellt. Es gibt Bereiche, wo Wien keine Marktmacht hat, wie z.B. bei Kleidung, da bestellt Wien nur Tausende – daher ist Wien bei Kleidung keine Macht. Da, wo Macht besteht, hat Wien sie genutzt. Es gibt Bewusstseinsbildung, wie bei den Granitsteinen. Klar betont, dass man entscheiden muss, was man ausschließt – da man nicht alle Kriterien erfüllen kann, bei rund 40.000 gekauften Artikeln ist dies nicht so einfach.

Gutmann: Man sollte nicht Voraussetzungen ausschließen, sondern was man auf alle Fälle dabei haben will (positive Orientierung), z.B. wären das die ILO Kriterien.

4) Bewusstseinsbildung – es sollte mehr in den Medien dargestellt werden, z.B. der ORF – da der ja einen Bildungsauftrag hat, aber zu wenig macht.

5) Kritik an Klar, da er von Tausenden Kleidungsstücken sprach, aber der Zuhörer nicht glaubt, dass das stimmt.

Klar: betont, dass es natürlich mehrere Tausende zu Bekleidende gibt, aber nicht 30–40.000.

6) Bundesbeschaffung

Reichert: erzählt von PensionistInnenheimen, die auf Fairtrade umgestellt haben, wobei sie anfangs nein gesagt haben. Dies zeigt, dass man immer wieder nachfragen sollte, denn viel geht weiter, wenn man dahinter ist.

Klar: Meint, dass die öffentliche Beschaffung an der Schwelle steht. In den nächsten Monaten/Jahren wird sich viel ändern.

„Global denken, lokal handeln“: Es ist sinnvoll so zu denken, denn alles wirkt sich auf uns aus. Das Bewusstsein wächst. „Wir als zentrale Beschaffungsstelle gehen dem gerne nach und freuen uns wenn es jemand einfordert. Wir zahlen, aber es muss wer verlangen. Es macht uns Spaß, soziale Kriterien zu erfüllen.“
Gutmann: Seit 2002 regelt das Bundesvergabegesetz alles – in jeder Gemeinde, in allen Städten. Außerdem neigen öffentliche Auftraggeber immer strenger zu werden, aber gleichzeitig herrscht immer mehr Bewusstsein vor.
Vergaberecht ist ein Instrument Es kann kreativ damit umgegangen werden, je mehr man sich mit dem Recht beschäftigt, je kreativer kann man werden.

7) Gibt es mit der Bundesbeschaffung eine Zusammenarbeit?

Holzmann: Der Südwind ist an einer Zusammenarbeit mit dem BBG interessiert. Das BBG führt bereits Listen mit allen Fairtrade-Produkten und Südwind weist bei Kunden vom BBG auf Fairtrade hin. „Wir alle stehen vor der Entscheidung. Wir können unsere Möglichkeiten nutzen oder eben von der Ausbeutung profitieren“, so Holzmann.

Man kann nie genug tun, aber in Wien geschieht bereits viel – Marktmacht liegt noch primär bei den KonsumentInnen – denn wenn das Nachfragen, das Hinterlegen von Postkarten bei Geschäftsführung etwas bewirkt, dann bringen Bestellungen von 1.000 Stück auch etwas. „Jeder muss sich trauen“.

Veßel: Viele Beispiele zeigen, dass es etwas nützt, wenn in einer Gemeinde z.B. eine öffentliche Übergabe eines fairen Blumenstraußes stattfindet. Es ist wichtig, dass dies in Medien gezeigt wird. Bisherige „Erfolge“: Zum Valentinstag gab es ein Beitrag im TV über FLP und Fairtrade-Blumen und der Opernball hatte FLP – Blumen, wodurch diese sehr bekannt wurden.

Zur Frage, wo man Produkte her bekommt, weist Veßel auf die FLP-HändlerInnenliste hin.

„Je mehr danach fragen, desto größer wird das Angebot. Die Qualität der FLP Blumen ist sehr gut, weil weniger Pestizide eingesetzt werden.“

Ursula Bittner und Sophie Veßel, FIAN